

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Ernst Dreyer Nr. 51/507
Leitender: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger
Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dank- und Abdruck: Stadthaus Dresden, Straßße Diefenbach Nr. 606
Postfach-Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher Girsch, Bühlan, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpöritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co. Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für den Inhalt: Eugen Berner, beide in Dresden.

Ercheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Yrar-Warte, Radio-Zeitung, Nur ein Viertelstündchen Lachen, Aus aller u. neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schilke, Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatlich M. 2.10, durch die Post ohne Zustellgebühr monatlich M. 2.20. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streik usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Abzahl. d. Lesegeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachf., Dresden-Friedrichsberg. Bei unerb. eingelangt. Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Ferndr. aufgegeben werden, kann wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehmen.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
92. Jahrgang

Anzeigen werden die 6-spaltige Post-Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4-spaltige Zeile mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen mit Plakatschriften und schwierigen Sacharten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inserationsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitenspreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erstreckt sich auf: b. verpfl. Zahlung, c. Kontof. d. Auftraggebers

Nr. 28

Montag, den 3. Februar

1930

Vordrängung ist der kommunistische Aufmarsch gescheitert

Der Sonnabend war für die Berliner Kommunisten ein glatter Mißerfolg, ihre Hoffnung, die Massen auf die Straße zu bringen, ist kläglich gescheitert. Nirgends ist es ihnen gelungen, größere Massen in Bewegung zu setzen. Dank der umfassenden Vorkehrungen der Polizei ist es an keiner Stelle Berlins zu ernstlichen Zwischenfällen gekommen. Überall ist die Polizei völlig Herr der Lage geblieben. Durch ihr schnelles Zutreten am Freitagabend bei der Festnahme der kommunistischen Funktionäre ist es der Polizei ohne Zweifel gelungen, dem geplanten Aufmarsch die Stoßkraft zu nehmen. Die am Freitag in Berlin verhafteten 76 Kommunisten sind alle wieder freigelassen worden. Von den am Sonnabendabend verhafteten 26 Kommunisten sind acht in Haft belassen worden.

Am Sonntag erweckte es den Anschein, als ob die kommunistischen Führer zum Rückzug geblasen haben. Planmäßig sollte gestern der große „Hungermarsch“ durch Hamburg stattfinden, doch war hiervon den ganzen Tag über auch nicht das geringste Anzeichen zu bemerken. Es herrschte vielmehr vollständige Sonntagsruhe. Wie das „Hamburger Fremdenblatt“ aus zuverlässiger Quelle erfahren hat, ist von der kommunistischen Zentrale die Parole ausgedehnt worden, am Sonnabend und Sonntag durch kleinere Unternehmungen der Polizei Schwierigkeiten zu machen, sich aber jeder größeren Kundgebung zu enthalten. In einigen Tagen sollte dann „spontan“ der Hauptangriff erfolgen.

Eine Gefahr für den inneren Frieden

Der bekannte Offener Rechtsanwalt Dr. Grimm kommt soeben in einer Rückschau auf die Feme zu geradezu aufsehenerregenden Ergebnissen. Er stellt fest, daß es sich bei den Femeleuten der „Schwarzen Reichswehr“, die in den letzten Jahren zu so zahlreichen Prozessen führten und die öffentliche Meinung Deutschlands beunruhigten, insgesamt nur um 8 Edtungsfälle handelt. Die abgeurteilten Fälle sind aber nicht einmal 1 v. H. der tatsächlich vorgekommenen Edtungsfälle der Unruhezeit. Wer die Unruhekomplexe der Jahre 1919 bis 1923 einigermaßen kennt, muß von banger Sorge über die Möglichkeit neuer Prozesse erfüllt werden. Im Rotgardistenaufruf von Ostern 1920 wurden über 1000 Menschen getötet, und keine einzige dieser Edtungen wurde amnestiert. Wenn wir keine abschließende Amnestie bekommen, schreibt Professor Grimm, dann werden wir noch auf mindestens 10 Jahre hinaus und zwar in ständig beschleunigtem Tempo, jeden Monat mit einem neuen Mordprozess aus der Zeit von 1919 bis 1923 beunruhigt werden. Es drängt sich daher die Frage auf, was das Reichsjustizministerium zu tun gedenkt, um unter Wahrung des Rechts dem inneren Frieden zu dienen.

Eszt mehr Roggenbrot

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Dietrich, eröffnete am Sonnabend die Ausstellung „Grüne Woche“ in Berlin. In seiner Festrede hielt er es für

ein Unglück, daß wir jährlich zwei bis drei Millionen Tonnen Weizen ein-

führen, und dabei den Roggen der beiden letzten Ernten im Inlande nicht einmal unterbringen konnten.

Während wir bei guter Ernte eine halbe Million Tonnen Roggen verschleudern müssen, ist der deutsche Weizen-Weizenbrot. Die Einfuhr von Weizen kostete uns ungefähr 500 bis 600 Millionen Mark im Jahr. Der wirtschaftlich denkende Zeitgenosse zieht daher aus den Fehlern der Vergangenheit die naheliegende Folgerung und ist künftighin mehr Roggenbrot.

Fort mit Schaden!

Die militärischen Sachverständigen, die bisher den alliierten Vorkräften und Gesandtschaften zum Zwecke der Ueberwachung der deutschen Armee und Marine zugeteilt waren, haben am 1. Februar ihre Tätigkeit in Berlin eingestellt. Der amtliche Verkehr zwischen der deutschen Reichsregierung und ihnen ist zu Ende. Sie werden in den nächsten Tagen Berlin verlassen und in ihre Heimat zurückkehren.

Frankreichs Raubbau an den Saargruben

Infolge des fortgeschrittenen Raubbauens der französischen Grubenverwaltung ist im Bergmannsdorf Altenwald im Saargebiet ein großer Erdrutsch entstanden, wodurch der Boden bis zu 1 1/2 Meter inmitten der Gemeinde gesenkt wurde. Etwa 100 Quadratmeter sind von Rissen und Senkungen durchwühlt. Das ganze Gelände wurde zur Verhütung von Unglücksfällen abgesperrt. Das Bergmannsdorf Bildstock

hatte seit Freitag nicht weniger als sieben Rohrbrüche der Wasserleitung zu verzeichnen, so daß die halbe Ortschaft ohne Wasser ist. Auch die Wasserrohrbrüche sind auf die immer mehr an Umfang zunehmenden Grubenentwässerungen zurückzuführen.

Hat sie nicht recht?

Den Brief einer Bierzechnjährigen an Reichsaußenminister Dr. Curtius konnte man dieser Tage in der Frankfurter Zeitung lesen, obwohl er, wie das Blatt bemerkte, von der Schülerin in allem Ernst zur Abwendung verfaßt, von ihrer Umgebung zurückgehalten worden war. Der Brief hatte folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Minister!

Als ich heute mittag einen Blick in die Führerzeile warf, sah ich alle Herren der Haager Konferenz beim Essen. Wir Schüler haben einen großen Respekt vor den Herren Ministern und den anderen Großen des Reiches, die die Politik Deutschlands machen. Aber in allen Führerzeilen, und es gibt viele, sehen wir Sie, Herr Minister, und die anderen beim Essen. Das macht auf uns einen schlechten Eindruck. Um gut zu essen und dabei große Reden zu schwingen, waren Sie doch nicht im Haage? Was denkt denn das arme Volk, wenn Sie essen und wir hungern? Ich will nicht damit sagen, daß Sie nicht essen sollen und daß Sie sich nicht einen guten Tropfen zu Gemüte führen sollen, denn das können Sie sich ja leisten, da Sie so viel klüger sind als wir. Aber lassen Sie sich doch nicht immer gerade beim Essen aufnehmen. Und wenn Sie die Photographen trotzdem tun, so haben Sie ja die Nacht, es ihnen zu verbieten. Vielleicht ist mein Brief ziemlich frech, aber er kommt von Herzen, und ich bitte um Entschuldigung.

Viele Grüße
(Name und Adresse.)
„Wir nehmen an“, setzte die Frankfurter Zeitung hinzu, „daß der Reichsaußen-

minister und seine Haager Kollegen zum wenigsten, dem kleinen Mädchen die Lektion und uns die Indiskretion der Veröffentlichung nicht übelzunehmen.

Oesterreichische Vorkwürfe gegen Deutschland

Wien, Ende Januar 1930.

Es ist schon oft gesagt worden und kann gar nicht oft genug wiederholt werden: viel wichtiger als der staatsrechtliche und formale Zusammenschluß von Deutschland und dem Deutschen Reich ist ein möglichst enger wirtschaftlicher Zusammenschluß und die möglichst weitgehende Angleichung der Gesetzgebungen beider Staaten. Rame dazu noch eine in feierlicher Form abgegebene Erklärung, daß die beiden deutschen Staaten sich zu einer Art von Eidgenossenschaft bekennen, die jeden Angriff oder Eingriff — selbst wenn er vom Völkerbund angeordnet würde — ausschließt.

So wäre ein Maß von Einheit hergestellt, daß Europa respekzionieren müßte,

und dem man keinen Vorstoß gegen die Verträge von Versailles und St. Germain nachsagen könnte. Man hätte den Kern von Briand's Vereinigten Staaten von Europa formiert, den Kern, den der große Kristall umschließen könnte.

Aber, aber... augenblicklich liegen die Dinge ganz anders, wenigstens von Wien aus gesehen. Selten haben Klagen und Anklagen eines angeklagten Oesterreichers gegen Berlin so viel Widerhall bei allen österr. Parteien gefunden wie die von dem christlich-sozialen Führer Kunschak jüngst erhobenen. Es wäre wirklich nicht gut, wenn man sich in Berlin damit begnüge, diese Anklagen, die sich gegen die Verschleppung und gegen die Unfruchtbarkeit der Handelsvertragsverhandlungen wenden, mit dem Abschleifen eines amtlichen Dementis abtue. Kunschak sagte: „Swar wird sich niemand der Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen entziehen.“

wir müssen aber leider sagen, daß sich die deutsche Regierung dieser Schicksalsverbundenheit des ganzen deutschen Volkes nicht bewußt zu sein scheint.

Denn es bei uns in Oesterreich so weit gekommen ist, daß es in Oberösterreich, Salzburg und Tirol bestimmte Grenzorte gibt, von denen man sagt: Dort beginnt das feindliche Ausland, so ist das eine der schmerzlichsten Grabschriften.

Man soll die Schwierigkeiten nicht verkennen, die das heutige Deutschland beim Abschluß seiner Handelsverträge, namentlich mit Ländern vorwiegend agrarischen Charakters hat, aber es ist auch nicht der Kampf um einzelne Tarifpositionen, der die Oesterreicher verstimmt, es ist vielmehr der geringe Eifer, mit dem die deutsche Regierung sich dieser Verhandlungen anzunehmen scheint. Man weiß auch in Oesterreich, daß Handelsverträge nicht mit Gefühlen und Empfindungen abgeschlossen werden, daß es sich dabei um fühlende, überlegte Auseinandersetzungen materieller Interessen handelt.

Was man in Oesterreich vor allem ersehnt, ist der Abschluß eines endgültigen Vertrages.

Daraus aus den Ungewißheiten der Provisionen! Nur mit einem entgeltlichen Vertrag läßt sich kalkulieren, rationalisieren, die österr. Industrie von innen heraus gesund machen. Der jetzige Zustand der Ungewißheit, der geradezu zum Ruin der Industrie führt, wird die Hochschulungs-Vorstellungen bis zum Fanatismus steigern, und dann wird auf Jahrzehnte die Hoffnung auf eine vernünftige Handelspolitik gegenüber Deutschland aufgegeben werden müssen —

zum großen Schaden der reichsdeutschen Industrie, die trotz der schlechten Zeiten ihren Absatz nach Oesterreich ständig steigern hat

und voranschreitlich noch weiter steigern kann. Oder — und da kommt die kritische Wendung — Oesterreich wird, hier wird er seinen



Monte Carlo im Zeichen der Sternfahrt

Monte Carlo als Ziel der internationalen Sternfahrt für Automobile wimmelte in diesen Tagen von einem sportfreudigen internationalen Publikum, das der Ankunft der Fahrer mit Begeisterung entgegen sah. Unter Bild zeigt das lebhafteste Treiben auf einer der elegantesten Straßenpromenaden. Man sieht auf dem Foto die lange Reihe der von der Sternfahrt angekommenen Kraftwagen.